abgegeben hatte, war vom Kammerausschuß eine Eingabe an das Ministerium gerichtet, den gesetzlichen Schutz der Aerzte in solchen Fällen zu erweitern; der ministerielle Bescheid stellt Berücksichtigung dieses Wunsches im neuen Strafgesetz in Aussicht. — Herr Moll hat in einem Schreiben an den Vorsitzenden mitgeteilt, daß er seine Aemter in der Vertragskommission und in der Kurpfuschereikommission der Kammer niederlegen werde, da in beiden Kommissionen ärztliche ethische Grundsätze maßgebend seien und er sich in seinem Empfinden mit der Standesauffassung nicht eins fühle, welche die Berliner Medizinische Gesellschaft durch die Wiederwahl eines in der Schniurgeldaffäre beteiligten Herren zu einem hohen Ehrenamt betätigt habe. Der Vorsitzende, Herr Stöter, betonte, daß er dem Gedankengange dieses Briefes nicht folgen könne. Die Fortführung eines Amtes in der Kammer dürfe nicht abhängig gemacht werden von Vorgängen in einer anderen ärztlichen Organisation. Er hoffe, Herr Moll werde seine Entschliebung noch ändern.

Zur **Einrichtung von Stationen zweiter Klasse in den Berliner städtischen Krankenhäusern** beantragt J. Alexander als Referent folgende Resolution: „Die Aerztekammer für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin stellt für den Fall der Errichtung von Stationen zweiter Klasse in den Berliner städtischen Krankenhäusern den Grundsatz auf, daß die Honorierung der ärztlichen Leistungen bei den zahlungsfähigen Patienten der zweiten Klasse den ortsüblichen Sätzen der Aerzte entsprechen soll.“ Demgemäß erachtet die Kammer für angemessen, daß auf Stationen zweiter Klasse der Berliner städtischen Krankenhäuser als ärztliches Honorar pro Patient und pro Tag der Satz von 4 M normiert wird, und daß Operationen den Vermögensverhältnissen der Patienten entsprechend nach der Gebührenordnung berechnet werden.“ Nach eingehender Begründung dieses Antrages und längerer Diskussion werden eine Reihe eingegangener Amendements abgelehnt, und der Antrag des Referenten gelangt zur Annahme.

Herr Kähler erstattet als Vorsitzender des **Ehrengerichtes** Bericht über dessen Tätigkeit im verflossenen Jahre; hierbei wendet er sich gegen die im Generalbericht des Schöneberger Aerztevereins über die Angelegenheit der „**Russischen Konsultationen**“ enthaltenen Angriffe gegen das Ehrengericht, die auch in die Tagespresse übergegangen sind: er gibt der Ansicht Ausdruck, daß das von dem Schöneberger Verein schließlich zusammengebrachte Material ziemlich unbedeutend gewesen sei und daß der Verein besser getan hätte, die Angelegenheit direkt an das Ehrengericht und nicht erst an die Öffentlichkeit zu bringen. Die Herren Friedemann und Heyl traten für den Schöneberger Verein ein; letzterer spricht das Verlangen aus, daß die Urteilsbegründung beim Spruche des Ehrengerichtes nicht mündlich, sondern schriftlich erfolgen solle, um jede Mißdeutung auszuschließen; er drückt auch den Wunsch aus, daß das Ehrengericht in dem Urteil sich darauf beschränke, den vor dem Ehrengericht stehenden Kollegen zu kennzeichnen, jedoch peinlich darauf achte, daß nicht Kollegen oder Kollegenvereine, gegen die das Verfahren gar nicht gerichtet war, in abfälliger Weise beurteilt werden. — Herr A. Peyser weist darauf hin, daß der Schöneberger Verein, dessen Vorgehen jetzt von vielen Seiten ungünstig kritisiert werde, den guten Zweck verfolgt habe, die russischen Konsultationen, welche eine schwere Gefahr für den Stand bedeuteten, aus der Welt zu schaffen. Hierfür schulde die Aerzteschaft den Schöneberger Kollegen Dank; aber nun müsse die Angelegenheit endlich begraben werden, die schon allzulange die Öffentlichkeit und die Kollegenschaft beunruhige. Auch Herr Moll täte gut daran, dieser Affäre nicht weiter nachzugehen, und man könne ihm in bezug auf seinen Aemterverzicht in der Kammer nur zurufen: „Albert kehre zurück, es ist alles geordnet.“ Dieses Bonmot weckte allgemeine Heiterkeit und löste somit die unbehagliche Stimmung, welche diesen Teil der Kammerverhandlung beherrschte.

Kassenbericht und Voranschlag wurde nach den Vorschlägen des Kassenführers gutgeheißen; die vom Vorstand vorgeschlagene neue Kassenordnung wurde genehmigt und die **Begründung eines Darlehnsfonds** beschlossen.

Herr Siefert referierte über die **Verleihung des Professortitels** an Herrn Dr. Emil Klein. Herr Klein sei ein österreichischer Arzt, der nach Assistententätigkeit bei Schweninger zunächst die deutsche Approbation erhalten habe; er habe mehrfach in Versammlungen von Naturheilvereinen gegen Schulmedizin, Impfzwang und die moderne Seuchenbekämpfung mobil gemacht, auch im Felke-Prozeß als Sachverständiger eine höchst merkwürdige Rolle gespielt. Von wissenschaftlichen Verdiensten des Herrn sei keine Rede, im Gegenteil finde sich in seinen Vorträgen recht viel ungereimtes Zeug, das nur Kopfschütteln erregen könne. Es sei zwar ziemlich gleichgültig, ob es einen Professor mehr in Deutschland gäbe, aber zu dieser Ernennung könne die Aerzteschaft unmöglich schweigen. Der Vorstand der Kammer möge daher zuständigen Ortes vorstellig werden, daß ähnliche Ernennungen nicht wieder vorkommen. Dieser Antrag wird angenommen.

Bei dem Punkt der Tagesordnung „**Mißstände bei der Ausbildung von Medizinalpraktikanten**“ verliest Herr Munter folgendes Schreiben, das der Direktor des Britzer Krankenhauses, Herr San.-Rat Dr. Schneider,

Sitzung der Aerztekammer Berlin-Brandenburg am 22. Januar 1910.

Unter geschäftlichen Eingängen teilte der Vorsitzende, Herr Stöter, mit, daß, nach einem Reskript des Herrn Oberpräsidenten, die von der Kammer angeregte **Gründung eines Zweckverbandes von Groß-Berlin für das Rettungswesen** sich nicht werde durchführen lassen. — Anlässlich einer in Bayern erfolgten Bestrafung eines Arztes, der in dringlichem Falle einem Patienten eine **stark wirkende Arznei** in kleiner Dosis selbst

¹⁾ Auf Grund meiner Erfahrungen als Direktor des Eppendorfer Krankenhauses habe ich schon vor Jahren in den preußischen Jahrbüchern (Band 122, Heft 2) mich ähnlich geäußert.

an einen Medizinalpraktikanten gerichtet hat, dessen Meldung er empfangen: „Ich vermisze in Ihrem Lebenslauf die Angabe der Konfession. Da die zurzeit hier beschäftigten Aerzte den Wunsch haben, nicht mit jüdischen Kollegen zusammen im Kasino zu verkehren, würde ich in dem Falle, daß Sie Israelit sind, zu meinem Bedauern nicht in der Lage sein, Ihre Bewerbung um die Praktikantenstelle zu berücksichtigen.“ Munter gibt der Ansicht Ausdruck, daß ein Krankenhausleiter, der in dieser Weise von seinen Assistenten abhängig sei und sich von konfessionellen Rücksichten bei Zulassung von Praktikanten leiten lasse, zur Ausbildung von Praktikanten ungeeignet sei; er beantragt: 1. die Aerztekammer beauftragt den Vorstand, bei dem Herrn Reichskanzler und dem preußischen Kultusminister den Antrag zu stellen, daß dem Kreiskrankenhaus zu Britz während der jetzigen Leitung das Recht aberkannt werde, Medizinalpraktikanten anzunehmen. 2. Die Aerztekammer richtet an den Kammerausschuß das Ersuchen, den Herrn Reichskanzler zu bitten, amtlich zu publizieren, daß es unstatthaft sei, das Ersuchen eines Medizinalpraktikanten um Beschäftigung in einer Krankenanstalt aus konfessionellen Gründen abzulehnen. — J. Alexander gibt zu erwägen, ob den konfessionellen Anstalten nicht das Recht der Auslese nach der Konfession zustehe. — Herr Pistor glaubt, daß die konfessionellen Anstalten sich schon allein schützen werden; das Vorgehen in Britz sei unerhört. Er empfiehlt Annahme der Anträge des Herrn Munter, ebenso der Vorsitzende. Die Annahme erfolgt einstimmig. Es bleibt abzuwarten, ob die Beschlüsse den gewünschten Erfolg haben werden.

J. Alexander (Berlin).